Dresdner Volkszeitung

Telegrammadresse: Leipzig. Postscheckkonto: Leipzig. Leuden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 229. | Dresden, Dienstag den 1. Oktober 1918. | 29. Jahrg.

Vor einer neuen Regierung.

wtb. Berlin, 30. September. Der Kaiser hat an den Grafen Hertling folgenden Erlaß gerichtet:

Eure Exzellenz haben mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Uebernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, den 30. September 1918.

Geg.: Wilhelm, I. R.

Gegenzeichnung: Dr. Graf v. Hertling.

Vorstehender Erlaß des Kaisers bedeutet einen wichtigen Schritt in unser innerpolitischen Entwicklung. Der Kaiser führt damit, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Leitung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten will, und daß es sein Wille sei, daß vom Vertrauen des Volkes getragene Männer in weitem Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen sollen. Seit dem Rücktritt Bethmann-Hollwegs geht die Entwicklung in der Richtung, dem Reichstag einen zunehmenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke des deutschen Volkes einzuräumen. Die Zeiten der Kanzlerschaft des Herrn Michaelis und des Grafen Hertling waren Uebergangsperioden, die allerdings für das deutsche Volk nicht sehr segensreich gewesen sind. Michaelis, der selbst ohne jede vorherige Benachrichtigung mit den Reichstagsparteien plötzlich aus der Verborgenheit auftauchte, hat damit begonnen, einige Parlamentarier in die Regierung aufzunehmen. Er war aber in seinem Herzen durchaus Anhänger des bisher in Deutschland herrschenden Systems und da er sich auch durch hervorragende Ungeschicklichkeiten auszeichnete, so ist seine Kanzlerschaft glücklicherweise sehr bald vorübergegangen, freilich nicht ohne noch erheblicher Schaden angerichtet wurde.

Graf Hertling hat sein Amt übernommen mit ausdrücklicher Zustimmung der Mehrheitsparteien des Reichstags und auf Grund eines bestimmten Programms. Man kann aber nicht behaupten, daß er wirklich nach der Art eines parlamentarischen Reichskanzlers regiert hätte. Auch er war innerlich ein Feind der parlamentarischen Regierungsform und er hat seine Aufgabe nicht darin gesehen, den Willen der Reichstagsmehrheit auszuführen, sondern mehr darin, zwischen dem Reichstag und den andren Instanzen, die für unsre Politik maßgebend waren, zu vermitteln. Immer, wenn der Unmut über die Art der bei uns üblichen Regierereien im Reichstag einen zu hohen Grad erreicht hat, hat er es versucht, den Reichstag zu beschwichtigen, was ihm auch häufig gelungen ist. Jetzt kann wohl kein Zweifel daran sein, daß wir eine Regierung bekommen werden, deren Mitglieder sich als Beauftragte und Vertrauensmänner der Reichstagsmehrheit fühlen, und die ihr Amt nur so lange behalten werden, als eine Mehrheit des Reichstags hinter ihnen steht.

Soll die neue Regierung die schweren Aufgaben, die ihr obliegen, mit Erfolg lösen, so wird sie alle Energie aufwenden müssen, um ihren Willen durchzusetzen und den Einfluß aller andren Stellen, die etwa noch mitregieren wollen, beiseite zu schieben.

Mit der Parlamentarisierung hätten wir einen Zustand erreicht, der in den meisten andren Ländern, wie in Frankreich, England, Italien usw. schon längst selbstverständlich ist. Das Fehlen einer demokratischen, den Willen des Reichstags und des Volkes vollziehenden Regierung, ist zweifellos schon seit Jahrzehnten ein schwerer Schaden für unser Land gewesen. Der herrschende Halbabsolutismus gab einer junkerlich-agrarischen Herrenschicht und ihren Gesinnungsgenossen beim Militär und in der Bureaukratie einen verhängnisvollen Einfluß, und deshalb wurde oft in einer Weise regiert, die nicht nur die Empörung der Volksmassen in eigenen Lande aufpeitschte, sondern unserem Lande auch nach außen in der Welt den Anschein eines rückständigen Staates gab, eines Staates, der den unter demokratischen Verfassungseinrichtungen lebenden Völkern leicht deswegen besonders gefährlich erscheinen konnte, weil anders wie in dem absolutistischen Rußland mit der politischen Rückständigkeit eine hohe Leistungsfähigkeit des Volkes verbunden war. Auf diese Verfassungszustände ist es zum guten Teil zurückzuführen, daß bei uns Dinge geschahen, die ganz ungeeignet waren, uns das Vertrauen der Völker zu erwerben. Unsre Politik schlug einen verhängnisvollen Zickzackkurs ein. Manche Rede, die Wilhelm II. gehalten hat, wäre in einem parlamentarisch regierten Lande nicht möglich gewesen und die unselige Affäre von Jabern, die den Anschein erwecken mußte, daß sich in Deutschland die Militärs alles erlauben dürfen, wäre in einem parlamentarisch regierten Lande sicherlich anders ausgegangen. Auch ist kaum zu glauben, daß in den bewegten Wochen, die dem Ausbruch des fürchterlichen Weltkrieges vorausgegangen sind, eine parlamentarische Regierung sich so verhalten hätte, wie es, wer weiß unter welchen Einflüssen, die damals in Deutschland Maßgebenden getan haben.

Eine aus dem Parlament hervorgegangene Regierung hätte vielleicht eingesehen, wie unendlich töricht das österreichische Ultimatum an Serbien war, das von diesem Staat Dinge verlangte, die er nur unter Bruch seiner Gesetze erfüllen konnte. Aber damals ist bei uns der Einfluß jener Kreise maßgebend gewesen, die glauben, man könne drinnen wie draußen am ehesten was erreichen, wenn man mit der gepanzerten Faust droht, und so haben sich die Mittelmächte durch ihr Verhalten in der serbischen Angelegenheit bei den Massen der Völker von vornherein ins Unrecht gesetzt.

Es ist kein Zweifel, das alte System, das in Deutschland geherrscht hat, trägt einen guten Teil Schuld am Ausbruch des Weltkriegs, sowohl wegen der Fehler, die unmittelbar vor dem Kriege, als auch wegen der, die früher schon gemacht worden sind. Während des Krieges ist das Fehlen demokratischer Einrichtungen in Deutschland eine der stärksten geistigen Waffen der Entente gewesen. Doch werden sich nur sehr kindliche Leute in Deutschland einbilden, daß uns die feindlichen Staatsmänner und Völker jetzt gerührt in die Arme fallen werden. Im Gegenteil wir werden bald in den Hetzblättern in Neuyork, London und Paris zu lesen bekommen, daß man mit einem „Scheidemannschen" Deutschland ebenso wenig Frieden schließen dürfe, wie mit einem Hertlingschen. Die Tatsache, daß in Deutschland ein Umschwung eingetreten ist, braucht Zeit, ehe sie in den Köpfen der Völker ihre Wirkung tun kann und deswegen ist es so sehr bedauerlich, daß das, was jetzt geschieht, nicht schon vor zwei oder wenigstens vor einem Jahre geschehen ist. Der Nutzen, den der Umschwung für das deutsche Volk hätte haben können, ist wahrscheinlich sehr stark dadurch vermindert, daß der Umschwung so spät kommt. Die neue Regierung steht vor der ungeheuren Aufgabe, das deutsche Volk aus diesem furchtbaren Krieg, in den es infolge der Sünden des alten Regiments hineingeraten ist, wieder herauszuführen. Die Männer, die den Mut haben, in die neue Regierung einzutreten, nehmen eine schwere Bürde auf sich. Möge es ihnen recht bald gelingen, dem deutschen Volke den ersehnten Frieden zu bringen.

Die feindlichen Angriffe an der ganzen Westfront abgewiesen.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nahe an der Küste nahmen wir bei einem erfolgreichen Vorstoß einige hundert Belgier gefangen.

Unsre neue Front in Flandern verläuft im Zuge der in der vorjährigen Flandernschlacht ausgebauten rückwärtigen Stellung von dem Handzame-Abschnitt westlich an Roeselaere vorbei über Ledeghem—Geluwe nach Werwik und dann in der Lys-Niederung nach unsrer alten Stellung bei Armentieres. Der Feind griff gestern nachmittag zwischen Roeselaere und Werwik an. Er wurde vor unsren Linien abgewiesen. Neben Belgiern und Engländern nahmen wir gestern hier auch Franzosen gefangen.

Vorstöße des Feindes zwischen Fleurbaix und Hulluch und Teilangriffe gegen die Höhen von Fromelles und Aubers scheiterten.

Beiderseits von Cambrai setzte der Engländer tagsüber seine heftigen Angriffe fort. Am Nachmittage gelang es einer neu eingesetzten kanadischen Division vorübergehend, nördlich an Cambrai vorbei auf Ramilliers vorzustoßen. Unter Führung des Generalleutnants von Fritsch warf die in den Kämpfen zwischen Arras und Cambrai besonders bewährte württembergische 26. Reserve-Division den Feind wieder auf Tillon zurück. Auch südlich von Cambrai haben wir unsre Stellungen gegen den mehrfachen Ansturm des Feindes restlos behauptet.

Heeresgruppe Boehn:

Beiderseits von Le Catelet nahm der Feind am Nachmittage seine Angriffe zwischen Vendhuille und Joncourt wieder auf. Auch südlich von Joncourt und südlich der Somme entwickelten sich am Abend heftige Kämpfe. Angriffe des Feindes wurden überall abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Gegen unsre Linien zwischen Aisne und Vesle und über die Vesle zwischen Breuil und Jonchery richtete der Franzose heftige Angriffe. Trotz mehrmaligen Ansturms sind sie bis auf einen Teilerfolg, der den Feind auf die Höhen nördlich von Breuil führte, gescheitert.

In der Champagne beschränkte sich der Feind auf Teilangriffe östlich der Suippes, gegen Ste. Marie-a-Py, nördlich von Somme-Py und gegen unsre neuen Linien, die wir in der Nacht nördlich von Aure und Maurvaux bezogen hatten. Sie wurden abgewiesen. Bei Ste. Marie-a-Py nahmen wir hierbei zwei französische Kompanien gefangen.

Mit stärkeren Kräften griff der Amerikaner östlich der Argonnen an. Brennpunkte des Kampfes waren wiederum Apremont und der Wald von Montrebeau. Wir schlugen den Feind überall zurück. Er erlitt auch gestern wieder besonders schwere Verluste.

Heeresgruppe Gallwitz:

Auf dem westlichen Maasufer blieb die Gefechtstätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Infanterie, Pioniere und Artillerie haben an der Vernichtung zahlreicher feindlicher Panzerwagen gleichen Anteil. In den letzten Kämpfen taten sich hierbei besonders hervor:

die Leutnants Suhling und Burmeister vom Reserve-Inf.-Reg. 90,

die Vizefeldwebel Jolkmann vom Garde-Ref.-Schützenbataillon und Nauguth vom Ref.-Inf.-Reg. 27,

die Leutnants Leibel vom Feldart.-Reg. 40, Schreyer vom Feldart.-Reg. 74, Ribbelt vom Feldart.-Reg. 108, Mayer und Bräuer vom Ref.-Feldart.-Reg. 241, Berninghaus vom Ref.-Feldart.-Reg. 63 und Unteroffizier Thele vom Feldart.-Reg. 40.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Zukunft des Landes ist Deine Zukunft. Geht das Land in Trümmer, reißt es Dich mit. Zeichne Kriegsanleihe — Du tust es für Dich.

Der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente abgeschlossen.

Amsterdam, 1. Oktober. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente abgeschlossen worden.

Entscheidungsschwere Tage.

Der Vorwärts schreibt: Entscheidungsschwere Tage sind angebrochen für die Geschichte unseres Volkes und für die Geschichte unsrer Partei. Dieser Partei sind wir mit unserem ganzen Sein ergeben, weil wir an die große Mission glauben, die sie an unserem Volke und an der ganzen Menschheit zu vollbringen hat. Wer ihr schadet, kann dadurch dem Ganzen nichts nützen, dessen lebenskräftigster, hoffnungsvollster Teil sie ist! Diese Wahrheit möchten wir den Parteigenossen, die vielleicht demnächst in die Regierung eintreten werden, auf ihren schweren, sehr schweren Weg mitgeben. Niemand wird sie um die ungeheure Verantwortung, die sie auf sich nehmen, beneiden, selbst ihr Irrtum, ihre Schwäche würde menschlich begreiflich, menschlich verzeihlich sein! Aber es geht heute um mehr als um einzelne Menschen, es geht um das ganze Volk, es geht um die neue Welt, die sich aus diesem Blutbad erheben soll.

Darum wünschen wir unsren Genossen, die jetzt Verhandlungen von unübersehbarer Tragweite führen, daß sie sich stark erweisen sollen, auch auf die Gefahr hin, die Verhandlungen noch zum Scheitern zu bringen. Sollten diese aber zu einem positiven Ergebnis führen, so wünschen wir erst recht, daß sich die jugendstarke Kraft der Arbeiterbewegung in ihnen hoch aufrecken und den Sieg über alle bureaukratische Altersweisheit davontragen möge! Die Arbeiterbewegung selbst ist unzerstörbar, sie würde schließlich auch ein mißlungenes Experiment überdauern! Aber was sonst auf diesem Wege zerstört werden könnte, ist unabsehbar!

Der Vorwurf, daß wir uns mit bürgerlichen Parteien am einen Tisch setzen wollen, kann uns nicht schrecken. Des Gegensatzes, der uns von ihnen in letzten Fragen der Gesellschaftsordnung trennt, sind wir uns wohl bewußt und denken nicht daran, ihn zu verkleistern. Doch nicht um sie handelt es sich jetzt, sondern um die Wiederkehr des Friedens, um den Eintritt des deutschen Volkes in einen Friedensbund freier gleichberechtigter Völker, um den entscheidenden Uebergang zu demokratischen Regierungsformen. Wenn diese Aufgaben gelöst sind, wird das Volk selbst in zukünftigen Reichstagswahlen berufen sein, über alle Fragen des Staates und somit auch über die Maßnahmen zu entscheiden, die zur grundsätzlichen Aenderung unsres Wirtschaftssystems in sozialistischem Sinne getroffen werden können.

Kaum nötig ist es schließlich, sich mit dem Einwand auseinanderzusetzen, das eigene Staatswesen verdiene nicht, verteidigt zu werden, solange es nicht sozialistisch geworden sei! Da sprechen die Erfahrungen Rußlands eine zu deutliche Sprache. Wir suchen den Weg zum Sozialismus, zur politischen und gesellschaftlichen Freiheit der Persönlichkeit nicht über die Niederlage, sondern über die Selbsterhaltung und den in voller Willensfreiheit, nicht unter fremdem Siegesdiktat geschlossenen Frieden. In einer Welt, die von Leidenschaften zerrüttet ist, und die in selbstmörderischem Wahnsinn gegen sich wütet, arbeiten wir für die Wiederaufrichtung der menschlichen Vernunft.

Der Hauptausschuß des Reichstags.

trat Montag nachmittag vollzählig wieder zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Präsident des Reichstags, Fehrenbach, Stellung zur heutigen Meldung des Berliner Tageblatts, dahingehend, er habe vor der Abreise des Reichskanzlers diesem im Auftrage der Mehrheitsparteien Unerläßliches mitgeteilt, und sagte, diese Meldung berühre meine Stellung als Präsident. Ich fungiere nicht als Vertreter der Mehrheitsparteien, sondern als solcher des Reichstags, und habe an den Besprechungen der Mehrheitsparteien mich nicht beteiligt. Entsprechend einer Einladung des Reichskanzlers habe ich diesen vor seiner Abreise besucht. Das zur Klarstellung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181001/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG